Die Linke.Offene Liste

Michael Wahl, Kirschgrund 3, 36100 Petersberg, Mitglied im Kreistag Winfried Möller, Höllrain 1, 36103 Flieden, Mitglied im Kreistag

An den Vorsitzenden des Kreistags Herrn Helmut Herchenhan Wörthstr. 15 36037 Fulda

17.06.2022

Antrag zur Kreistagssitzung am 18. Juli 2022

Zeitenwende im Gesundheitswesen

Sehr geehrter Herr Herchenhan,

der Kreistag möge beschließen:

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss leitet den folgenden Resolutionstext an die Bundesregierung.

"Im Landkreis Fulda wenden sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger bei gesundheitlichen Problemlagen an die Notaufnahme der Krankenhäuser. Hierfür erhalten die Krankenhäuser keine ausreichende Finanzierung. Bürgerinnen und Bürger, die in einer gesundheitlichen Problemsituation sind, sehen oft leider keinen anderen Ausweg, als sich in der Notaufnahme behandeln zu lassen, wenn kein Hausarzt oder Facharzt ansprechbar ist. Die derzeitige Situation, dass viele Patientinnen und Patienten im Bemühen um Haus- und Facharztterminen die Ärztelisten durchtelefonieren, eine Absage nach der anderen hinnehmen müssen und sich schließlich an die Notaufnahme wenden, ist völlig inakzeptabel und Bedarf einer baldigen Abhilfe.

Zusätzlich leiden die Krankenhäuser an der Kommerzialisierung durch die Einführung der Fallpauschalen und an der Unterfinanzierung der Investitionskosten durch die Bundesländer. Der doppelt erzeugte Kostendruck schadet der Gesundheit aller Beteiligten. Der irrwitzige Glaube, dass eine gute Gesundheitsversorgung durch wirtschaftlichen Wettbewerb hergestellt werden könnte, führt, wie die aktuelle Pandemie zeigt, zur Gefährdung der Gesundheitsversorgung. Daher sollten die Krankenhäuser für die Maximalversorgung ohne Wettbewerbsdruck bedarfsgerecht und am Gemeinwohl orientiert finanziert werden. Die schlechten Arbeitsbedingungen und Überlastungen für zusätzlich dazu, dass nur unzureichend Personal in den Klinken und Pflegeeinrichtungen bereitgestellt werden kann.

Seite 2 von 2

Der Kreistag Fulda fordert die Bundesregierung auf, eine Zeitenwende im Gesundheitswesen einzuleiten. Statt Gewinnorientierung muss wieder das Gemeinwohl in den Vordergrund gestellt werden. Zur auskömmlichen Finanzierung und zur Verhinderung von weiter steigenden Krankenkassenbeiträgen für die Versicherten sollte der Bund ein Sondervermögen in Höhe von 25 Milliarden Euro in den nächsten 10 Jahren zur Verfügung stellen."

Begründung für den Änderungsantrag:

Von Jahr zu Jahr nehmen die Probleme in der Gesundheitsversorgung zu. Die jetzige Krise ist ein Weckruf für die Gesundheitspolitik. Nur große Eingriffe ins öffentliche Leben und zusätzliche Finanzierungen durch die Kommunen haben das System vor dem Kollaps bewahrt. Die Unterstützung durch den Landkreis war eine weitere notwendige Maßnahme. Daher sind wir der Auffassung, dass die Gesundheitsversorgung grundlegend überdacht und neu geordnet werden sollte. Der Patient und nicht die Ökonomisierung, sollte in Zukunft unbedingt und ausschließlich im Vordergrund stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Wahl

Winfried Möller